

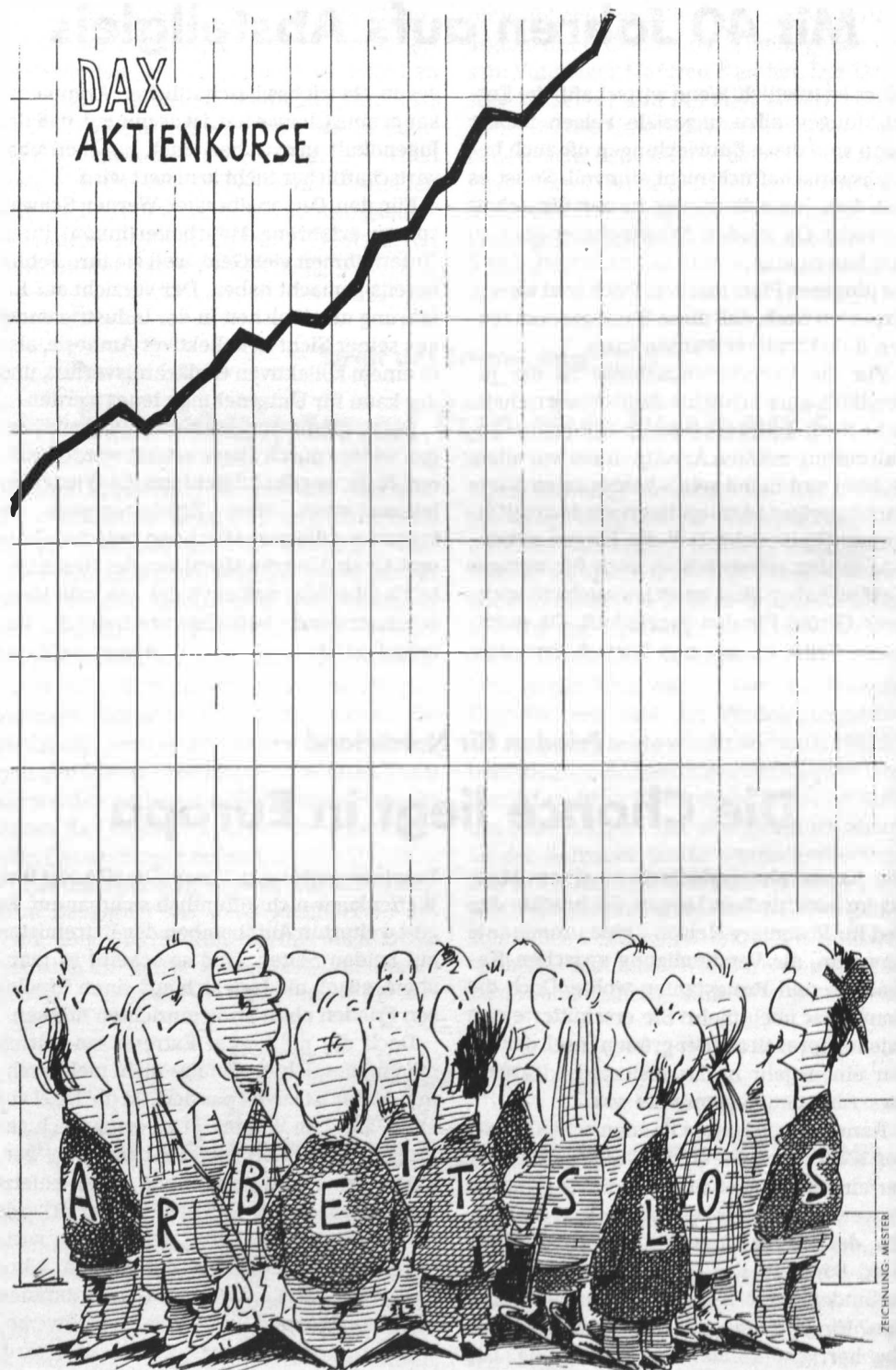
Heraus aus der gefährlichen Schieflage

Arbeit und Einkommen gerechter verteilen: Sozial überfällig, ökonomisch notwendig und demokratisch unabdingbar. Von Friedhelm Hengsbach und Matthias Möhring-Hesse

Wer hat, dem wird gegeben ...«, sprach der Herr und nicht: »Wohlstand für alle«. Daß diese »biblische Kritik« auch für Deutschland gilt, das glaubt nach Auskunft der Meinungsforscher die Mehrheit der Bundesbürger. Zwar gibt es nur wenige Daten für den unteren und den oberen Einkommensbereich in Deutschland. Doch auch in der sozialwissenschaftlichen Forschung findet sich die Einschätzung: Die bundesdeutsche Gesellschaft fällt immer stärker nach unten und nach oben auseinander; das für die Bundesrepublik bislang kennzeichnende Mittelfeld bei den Einkommensbeziehern und Vermögensbesitzern wird immer schmaler. Aber auch das genaue Gegenteil wird sozialwissenschaftlich behauptet, nämlich daß die Ungleichheiten eher abgenommen, zumindest in den letzten zwei Jahrzehnten nicht zugenommen haben. Über alle Ungleichheiten hinweg treffen sich, so diese Position, immer mehr Deutsche im Mittelfeld der Einkommen und Vermögen.

Doch so gegensätzlich diese Positionen auch erscheinen, der Widerspruch läßt sich durchaus auflösen: Die in den letzten zwei Jahrzehnten gewachsene soziale Ungleichheit ist vor allem darin begründet, daß sich das Armutsproblem verschärft hat. Nicht nur die Zahl der Armen hat zugenommen, auch die Situation der armen Bevölkerung hat sich verschlechtert. Den von Armut Betroffenen steht nicht allein der kleine, aber feine Kreis der Reichen gegenüber, sondern mit diesen auch das breite »Mittelfeld« der Menschen, die in Wohlstand, das heißt jenseits von Überlebensfragen, leben können.

Nicht in erster Linie Armut und Reichtum driften auseinander, sondern Armut und Wohlstand. Hinzu kommt, daß die sozialen Ungleichheiten in den verschiedensten Gruppen der Bevölkerung zunehmen. Lang andauernde Arbeitslosigkeit ist zwar eines der größten Armutsrisiken, aber immer mehr abhängig Beschäftigte werden ebenso wie formal Selbständige trotz Erwerbsarbeit arm. Nach ihrem Einkommen und Vermögen haben Geringverdiener und Scheinselbständige mit den anderen Erwerbstätigen viel weniger gemein als mit denen, die aus dem Erwerbsarbeitssystem ausgeschlossen sind.



Je stärker jedoch der Armutsbereich gegenüber dem mehrheitlichen Wohlstandsbereich absackt, desto tiefer wird die Gesellschaft gespalten.

Diese Spaltung der Gesellschaft verletzt die Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft: Die Benachteiligten können die gesellschaftlichen Entwicklungen viel weniger beeinflussen als die Bevölkerungsmehrheit. Politische Entscheidungen werden folglich immer weniger dem Anspruch gerecht, dem Interesse *aller* und damit dem Gemeinwohl zu folgen. Mit der demokratischen Substanz schwindet also auch die Gerechtigkeit der Gesellschaft. Das *sollte* auch der Bevölkerungsmehrheit nicht gleichgültig sein.

Die Vorstellung von demokratischer Verteilungsgerechtigkeit kollidiert mit der herrschenden Wirtschaftstheorie. An Stammtischen und in Hörsälen heißt es: Nichts könne verteilt werden, was nicht zuvor produziert worden sei; die Verteilung müsse den Marktprozessen weitgehend überlassen und dazu vor gesellschaftlichen, erst recht vor staatlichen Eingriffen geschützt werden. Tatsächlich unterliegt die Verteilung der Einkommen in der Wirtschaft aber bereits gesellschaftlichen Vorentscheidungen. So hat die Industriegesellschaft die Hälfte der gesellschaftlich notwendigen Arbeit als Erwerbsarbeit definiert und den Männern zugewiesen, während die private Hausarbeit, obwohl gesellschaftlich ebenso notwendig, weder als wirtschaftliche Leistung angesehen noch mit einem Arbeitseinkommen entgolten wurde. Daß geistige Arbeit meist höher bewertet wird als körperliche Arbeit, hat mehr mit dem antiken Menschenbild als mit marktwirtschaftlichem Wettbewerb zu tun. Daß die typische Erwerbsarbeit von Frauen weniger wertvoll ist als die typische Erwerbsarbeit von Männern, hängt mehr mit gesellschaftlichen Konventionen und patriarchalen Machtverhältnissen als mit Angebot und Nachfrage zusammen.

Verteilung und Produktion bedingen und bestimmen sich gegenseitig. Einerseits kann nur das erwirtschaftete Sozialprodukt verteilt werden. Andererseits bestimmt die Verteilung des Sozialproduktes die Richtung der Produktion und ihr Niveau. Es mag zwar grundrechtliche und funktionale Gründe dafür geben, daß die unterschiedlichen Begabungen und Interessen durch differenzierte Einkommen anerkannt und mobilisiert werden sollten – auch dafür, daß unterschiedliche Einkommen als Leistungsanreiz wirken und zum Wirtschaftswachstum beitragen. Andererseits hat die zunehmend ungleiche Einkommensverteilung dazu geführt, daß sich die Finanzmärkte von den realwirtschaftlichen Kreisläufen abkoppeln, daß die Massenkaufkraft ausdünnert und die inländische Konsumnachfrage stagniert. Von einer ausgewogeneren Verteilung von Einkommen und Vermögen werden dagegen stärkere Impulse für Wachstum und Beschäftigung ausgehen. Drei Ebenen einer gerechteren Verteilung lassen sich unterscheiden:



ZEICHNUNG MESTER

Verteilung der Erwerbsarbeit. Auf absehbare Zeit bleibt die Beteiligung an der gesellschaftlich organisierten Arbeit der wichtigste Schlüssel dafür, daß Menschen vergleichbare Lebenslagen einnehmen können. Solange es genug Arbeit gibt, dringende Aufgaben unerledigt bleiben und der allgemeine Nutzen der Arbeitsteilung und der Erwerbsarbeit nicht versiegt, ist ein Ende der Arbeitsgesellschaft nicht in Sicht, allenfalls ein Ende der Industriearbeit. Mit Hilfe neuer Produkte und Produktionsverfahren können neue Gütermärkte erschlossen werden – mit positiven Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte. Dazu kommt die stärkere Mobilisierung personennaher, qualifizierter Dienstleistungen – mit ebenfalls großen Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte. In der Erziehung, im Gesundheitswesen, in der karitativen, therapeutischen und kommunikativen Beratung und in ökologischen Projekten gibt es einen dringenden gesellschaftlichen Bedarf. Eine nennenswerte Ausweitung gerade der Dienstleistungen kommt aber nur in Gang, wenn die potentiellen Käufer mit ausreichender Kaufkraft ausgestattet werden. Ohne eine Umverteilung des verfügbaren Volkseinkommens hin zu den betreffenden Haushalten, etwa zu den Haushalten mit Kindern, ist die Entwicklung zur Dienstleistungsgesellschaft nicht möglich.

Eigenständige soziale Sicherung. Die erwerbswirtschaftlich orientierten sozialen Sicherungssysteme in Deutschland sind nicht bloß in eine Finanzierungs-, sondern ebenso in eine Leistungskrise geraten. Deshalb gilt

es, den Sozialstaat nach demokratischen Verteilungsregeln »umzubauen«. Erstens ist die strenge Bindung der sozialen Sicherungssysteme an die Erwerbsarbeit zu lockern. Die Anspruchsgrundlage solidarischer Sicherung sollte statt dessen auf drei Säulen gestellt werden: Neben der Erwerbsarbeit berechtigt jede gesellschaftlich nützliche Arbeit wie die Familienarbeit oder das soziale und politische Engagement, ob sie nun marktförmig organisiert ist oder nicht, ob sie monetär entgolten wird oder nicht, zu einer angemessenen Sicherung. Dazu sollte eine gleichrangige Anspruchsgrundlage anerkannt werden: Menschen verdienen nicht erst Respekt, sobald sie eine gesellschaftlich nützliche Arbeitsleistung erbringen, sondern bereits als Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft. Zweitens sollten Autonomie und Gleichstellung für Männer wie für Frauen gelten, so daß die verschiedenen Arbeitsformen fair auf die beiden Geschlechter verteilt werden können. Und drittens bedarf es eines Kinderlastenausgleichs, der alle Haushalte an den Aufwendungen der Kinderversorgung und -erziehung beteiligt, private Erziehungsarbeit ohne Preisgabe vergleichbarer Lebenslagen ermöglicht und sie für die soziale Sicherung anrechnet.

Demokratische Steuer- und Abgabenbelastung. Die für die Finanzpolitik der letzten zwanzig Jahre Verantwortlichen haben erhebliche Schiefagen der Belastung verursacht. Ganz im Gegensatz dazu muß sich der Staat jenen Anteil am Volkseinkommen nehmen, den er zur Finanzierung seiner wirtschafts- und sozialpolitischen Ausgaben benötigt. Dabei hat er die Einkommen aller nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit zu belasten und nicht – wie in den vergangenen Jahren – übermäßig die Einkommen der abhängig Beschäftigten. Eine Besteuerung der Vermögen nach dem Veräußerungswert und der spekulativen Finanzgeschäfte ist ökonomisch vernünftig und sozial gerecht. Um die demokratischen Sicherungs- und Fürsorgesysteme zu finanzieren, sollten die Sozialleistungen von unten her gesockelt (Grundsicherung) und nach oben hin gedekelt werden (Höchstbeträge); diejenigen können sich zusätzlich privat versichern, die



FOTO: KNA

Professor Friedhelm Hengsbach lehrt christliche Gesellschaftsethik an der Philosophisch-Theologischen Hochschule Sankt Georgen und leitet das dort angesiedelte Oswald-von-Nell-Breuning-Institut. Der Theologe und Soziologe Matthias Möhring-Hesse ist Mitarbeiter an diesem Institut. Von beiden

Autoren erschien gerade das Buch: *Aus der Schiefelage heraus. Demokratische Verteilung von Reichtum und Arbeit.* Dietz Verlag, 208 Seiten, 19,80 DM

überdurchschnittliche Ansprüche an den Lebensstandard im Alter oder während der Arbeitslosigkeit und Krankheit anmelden. Die Beitragspflicht der sozialen Sicherung sollte auf alle Erwerbstätigen einschließlich der Selbständigen und Beamten ausgedehnt werden. Oder alle in der Wirtschaft erzielten Einkommen wären zur Finanzierung der solidarischen Sicherungssysteme heranzuziehen; als Bemessungsgrundlage könnte die Nettowertschöpfung der Unternehmen dienen, also die Produktionsleistung von Beschäftigten und Maschinen. Verbleibende Defizite wären durch die öffentlichen Haushalte auszugleichen.

Die Solidaritätsstrukturen und Verteilungsregeln, die auf der Grundlage der Erwerbsgesellschaft entwickelt wurden, verlieren an Gewicht. In einer pluralen, vielkulturellen Gesellschaft können auch jene Solidaritätsstrukturen, die auf der gleichen Abstammung, Geschichte und Sprache gründen, für den notwendigen sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft nicht garantieren. Dagegen bildet die Solidarität der Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft eine verlässliche Grundlage dafür, die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums so zu regeln, daß allen Personen gleiche Rechte und Chancen politischer Beteiligung garantiert sind. »Wer hat, dem wird gegeben ...« ist kein tragbares Verteilungsprinzip für eine demokratische Gesellschaft. ■